



## Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)  
20. November 2018, 9 Uhr und  
21. November 2018, 9 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

### **Antrag Nr. 216 (S. 230): Deckelung der Investitionssumme bei der Sanierung des Badischen Staatstheaters (FÜR Karlsruhe)**

**Stadtrat Kalmbach (FÜR Karlsruhe):** Herr Oberbürgermeister, ich kann mich noch gut an die Diskussion erinnern – es war der zweite Anlauf –, als wir gefragt haben: Was ist der Worst Case für diese Investitionssumme? Sie sagten damals, 325 Millionen sei der Worst Case. Aber ich bin mir da nicht so sicher, nachdem es vorher bei 125 Millionen war. Wo es gerade momentan steht, weiß ich nicht. Aber ich vermute nicht, dass das tatsächlich der Worst Case war. Deswegen machen wir es wie beim Wildparkstadion. Da hatten wir diese segensreiche Einrichtung, indem wir gesagt haben, der Stadionkörper darf nur eine bestimmte Menge kosten, und wenn das nicht reicht, senken wir die Standards. Das ist das Ansinnen, wenn tatsächlich diese 325 Millionen nicht reichen, dass ein Kostendeckel eingezogen wird und wir die Standards senken und schauen, wo man sparen kann, nicht einfach nur aufsatteln. Das ist unser Begehren, und dafür bitte ich um Unterstützung.

**Der Vorsitzende:** Es gibt zum einen schon einen ähnlichen Prozess. Wir haben im Verwaltungsbeirat schon einige Dinge deutlich günstiger gemacht, indem wir von Qualitäten abgerückt sind, damit wir erst einmal in den 325 Millionen bleiben. Der Unterschied zum Wildpark ist aber, dass wir hier keinen Generalunternehmer haben, der uns am Ende in einer Pauschalsumme alles anbietet. Es wird sich im Verlauf der Ausschreibungen und Vergaben zusätzlicher Nachsteuerungsbedarf ergeben, aber es ist das gemeinsame Ziel, diesen Kostenrahmen einzuhalten. Wir können aber nicht den Mechanismus so ansetzen, wie wir es beim Wildparkstadion gemacht haben, weil es eine andere, eine gewerkeorientierte Ausschreibung sein wird, die im Wesentlichen nicht von uns, sondern vom Land betreut wird. Ich will das nur ergänzenderweise sagen. Insofern ist es auch nicht ganz risikofrei, eine solche Forderung hier gemeinsam zu erheben.

Deshalb empfehlen wir Ihnen, den Antrag abzulehnen.

Wir kommen zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum. – Das ist eine **ablehnende Mehrheit**.

(...)